

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST



Alles zur Bundestagswahl
am 22. September

Nazis in Braunschweig
auf Seite 2

Newsletter des Juso-Unterbezirks Braunschweig - August 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser FAUST-Ausgabe wollen wir euch über die kommende Bundestagswahl am 22. September 2013 informieren.

So werden wir euch neben dem Titelbericht zum sozialen Wohnbau einen Überblick über weitere politische Themen geben. So könnt ihr auf der zweiten Seite einen Kommentar über die Ehe von Homosexuellen sowie einen Artikel für die Abschaffung des Betreuungsgeld, den Ausbau von Betreuungsplätzen und einen Bericht zu einer sozial ausgestalteten Arbeitsmarktpolitik finden.

Außerdem geben wir euch einen kurzen Überblick über eine erschreckende Entwicklung über die steigende Aktivität von Nazigruppierungen in der Stadt und in der Region Braunschweig.

Zum Abschluss findet ihr auf der letzten Seite zum Einen eine kurze Gegenüberstellung, warum es sich lohnt, am 22. September die SPD zu wählen. Zum Anderen könnt ihr unsere Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin für Braunschweig zur Bundestagswahl, Frau Dr. Carola Reimann, in einem Vorstellungsbericht kennenlernen. Sie berichtet dort über ihre bisherige politische Arbeit und welche Ziele sie für die kommenden vier Jahre verfolgt.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch wie immer,
eure FAUST-Redaktion

Schluss mit Hotel Mama - aber wie? Bezahlbares Wohnen

In letzter Zeit wurde in den Medien häufig auf das Problem stetig steigender Mieten hingewiesen. Dieses Phänomen ist besonders in Großstädten und Hochschulstandorten zu beobachten. Große Städte sind wegen der besseren Bildungs- und Jobmöglichkeiten sowie des vielfältigen Kultur- und Freizeitangebots für junge Menschen attraktiv. Leider kann sich vor allem diese Gruppe die Mieten oft nicht mehr leisten.

Denn einer höheren Nachfrage durch den Zuzug aus ländlichen Gebieten in Großstädten und Ballungsräumen sowie der Zunahme

an Singlehaushalten kommt das Angebot an bezahlbarem Wohnraum leider nicht nach. Während in den 60er und 70er Jahren der Wohnungsbau noch geboomt hat, ist die Bautätigkeit in dem Bereich in den folgenden Jahrzehnten spürbar zurückgegangen. Verbliebene Baulücken in Innenstädten werden oft von Grundstücksspekulanten mit Luxuswohnungen bebaut. Zu einer zusätzlichen Verknappung des Angebots an Mietwohnungen führt auch die zunehmende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Ein Begriff, der vermehrt in dem Zusammenhang fällt, ist die sogenannte

„Gentrifizierung“. Hierbei handelt es sich um eine Verdrängung weniger wohlhabender Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Wohnvierteln. Um ein Viertel attraktiver für gutverdienende Menschen zu machen, werden besonders Altbauwohnungen teuer und luxuriös saniert. Der daraus resultierende Anstieg

des Mietniveaus macht das Viertel dann für die ursprünglich dort lebenden Menschen zunehmend unbezahlbar.

Der Mangel an günstigem Wohnraum in Städten ist für junge Menschen ein großes Problem. Horrende Mieten können sich Studierende

und Azubis nicht leisten. Bei mehreren BewerberInnen auf eine Wohnung haben junge Leute zudem oft schlechte Karten.

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht. Die Politik muss dafür sorgen, dass der Wohnungsmarkt nicht sich selbst überlassen bleibt. Wir Jusos fordern klare gesetzliche Regelungen, die absurde Mietsteigerungen bei Neuvermietungen verbieten, wie es sie bei bestehenden Verträgen bereits gibt. Auch gemeinnütziger Wohnungsbau muss gestärkt werden und Studentenwerke müssen bessere finanzielle Mittel bekommen, um zusätzliche Studentenwohnungen zu schaffen.

Franziska Kabbe & Ismail Ünüverdan



Quelle: Jusos

Einfach mal reinklicken:

www.jusos-bs.de **jusos**  **stadt braunschweig**

Gegen Homophobie -

Für ein offenes Gesellschaftsbild

Ein Kommentar von Peter Senftleben

Jahrelang hat die CDU/CSU eine diskriminierungsfreie Politik verhindert. Anstatt die gleichen Rechte und Pflichten allen zuzusichern, lehnte die CDU noch im Dezember 2012 auf ihrem Parteitag eine steuerliche Gleichstellung im Ehegattensplitting von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften ab. Erst das Bundesverfassungsgericht musste die CDU zurechtweisen und erklärte die Differenzierung zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft für verfassungswidrig. Trotz alledem hält die CDU an ihrem homophoben Gesellschaftsbild fest und will auch nach einem Wahlsieg unter anderem ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare verhindern.

Ausschlaggebend für gegenwärtige Politik sollten nicht die „traditionellen“ und religiösen Werte früherer Epochen sein. Diese berufen sich auch stets auf das Gesellschaftsbild und den wissenschaftlichen Stand der vergangenen Zeit. Da sich beides stets verändert, sollte sich die Politik auch stets erneuern. Anstatt dogmatisch nur das zu wollen, was früher mal war, möchte ich eine Politik, die die Menschen, statt vergangene Werte in den Mittelpunkt stellt.

Die SPD hat bereits 2011 auf ihrem Parteitag die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Dementsprechende Anträge wurden 2011 und 2013 im Bundestag eingebracht. Leider sind die Anträge an der Ablehnung der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP gescheitert.

Im Regierungsprogramm der SPD wird neben der Öffnung der Ehe das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit der trans- und intergeschlechtlichen Menschen gefordert, wie auch eine Ergänzung des Grundgesetzes zum Schutz der sexuellen Identität.

Darum am 22. September SPD wählen!



Nazi-Problematik in unserer Stadt und Region

Nicht nur NPD-Mitglieder sind Nazis, auch von den „normalen“ Bürgern sind ca. 30% antisemitisch eingestellt. Zudem existieren sogenannte Aktionsgruppen. Seit einiger Zeit tritt in Braunschweig verstärkt eine Nazigruppierung auf, die sogenannte „Aktionsgruppe 38“.

Aktiv ist diese hauptsächlich im westlichen Ringgebiet, da dort eine bunte Vielfalt von Menschen beheimatet ist, wie zum Beispiel MigrantInnen, KünstlerInnen und weltoffene Studierende. Außerdem befinden sich in dem Bezirk zwei linke Treffpunkte, das Nexus (Frankfurter Straße) und das Antifaschistische Café (Cyriakring). Diese Faktoren machen das Westliche Ringgebiet für die Nazis zum ‚Elendsviertel‘. Sie versuchen in dieser Gegend gezielt Fuß zu fassen und die Menschen einzuschüchtern. Sie sind sogar bereit, diese – wie am Nachmittag des 29. Juni – anzugreifen.

Die ‚Aktionsgruppe 38‘ hat im Juni ein Rechtsrockkonzert in einem Gartenverein veranstaltet. Außerdem ziehen sie in Gruppen durch das Viertel, kleben Aufkleber und Plakate und übersprühen am Ringgleis Graffitis mit ihren Symbolen.

Linke Gruppierungen, vor allem die Antifa, sind sehr bemüht, diese rechten Statelements so gut es geht zu eliminieren, Aufkleber mit rechtem Gedankengut werden zum Beispiel abgekratzt oder von Antifa Aufklebern überklebt, die man beispielsweise an fast jeder Straßenlaterne am Ringgleis sehen kann.

Vergleichbare Gruppierungen finden sich auch in Gifhorn (Aktionsgruppe Gifhorn) und Wolfsburg (Aktionsgruppe Wolfsburg). Gemeinsam mit der Burschenschaft Thormanica bilden sie das ‚Aktionsbündnis 38‘. Die Größe der Braunschweiger Aktionsgruppe ist nicht bekannt, jedoch wird vermutet, dass der Kern aus ca. 10 bis 15 Personen besteht.

Wir Jusos stellen uns gemeinsam mit vielen Organisationen im Bündnis gegen Rechts gegen diese Gruppierungen. Wir werden uns weiterhin auf zahlreichen Demonstrationen und Informationsveranstaltungen lautstark gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, und Homophobie und für eine offene und vielfältige Gesellschaft einsetzen

Lisa-Marie Reinke

Betreuungsgeld ist doppelte Fernhalteprämie

Am 1. August 2013 ist das Betreuungsgeld in Kraft getreten. Der Beschluss der schwarz-gelben Regierung sieht vor, dass von jetzt an die Familien monatlich 100 Euro erhalten, die ihre Kinder zu Hause betreuen oder eine private Betreuung wahrnehmen. Eine folgenschwere Fehlentscheidung, denn hinter der vermeintlichen Wahlfreiheit, versteckt sich eine doppelte Fernhalteprämie.

Erfahrungen zeigen, dass Kinder gerade durch den frühen Besuch guter Kindertagesstätten besonders in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung gefördert werden. Spracherwerb, Integration, gute Bildung und Kontakt zu Gleichaltrigen sind wichtige Grundlagen für das zukünftige Leben. Durch einen Ausbau gebührenfreier Betreuungseinrichtungen kann soziale Ausgrenzung verhindert werden. Das Betreuungsgeld bewirkt das Gegenteil. Es werden nun Milliarden ausgegeben, die besser in Institutionen für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung investiert wären. Wenn eine Prämie gezahlt wird, um Kinder von öffentlicher Bildung fernzuhalten, hat dies mit Wahlfreiheit nichts zu tun.



Die Betreuungsgeld Prämie begünstigt zudem, dass Familien auf das geringere Einkommen – meist das der Mütter – verzichten, um Kosten für die Betreuung einzusparen. Diese Kinderbetreuungszeit bedeutet einen Berufsausstieg bis das Kind 3 Jahre alt ist. Schon nach dieser Zeit ist der Wiedereinstieg in das Erwerbsleben sehr schwierig oder häufig im selben Beruf gar nicht mehr möglich. Wenn eine Prämie gezahlt wird, um Frauen von der Erwerbsarbeit und der finanziellen Eigenständigkeit fernzuhalten, ist das dann Wahlfreiheit?

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird das Betreuungsgeld abschaffen und in den Ausbau von Betreuungsplätzen investieren. Entscheidet selbst. Die Wahlfreiheit habt ihr am 22. September.

Nadine Labitzke-Hermann

Arbeit hat ihren Preis – für den gesetzlichen Mindestlohn!

In Deutschland sind Stundenlöhne von vier bis fünf Euro leider keine Seltenheit. Gerade in Bereichen des Dienstleistungswesens, in denen keine oder nur eine geringe gewerkschaftliche Bindung besteht, sind geringe Stundenlöhne gesellschaftliche Realität. Ein Beispiel hierfür ist unter anderem das Friseurwesen. Darüber hinaus hat schwarz-gelb in den letzten Jahren den Bereich der geringfügigen Beschäftigung ausgebaut. Wie aber sollen Menschen von Stundenlöhnen von vier bis fünf Euro und/oder 400 bis 600 Euro pro Monat leben?

Dies ist gar nicht möglich, da ein erwachsener Mensch pro Monat mindestens 1.300 Euro für Miete, Nahrung, Kleidung sowie Freizeitgestaltung benötigt. Außerdem haben die geringfügigen Stundenlöhne weitere Folgen. Wer ein geringes Einkommen hat, erhält später auch eine geringere Rente, weil ein Zusammenhang zwischen dem Beschäftigungsverhältnis und der späteren Rentenzahlungen besteht. Deshalb ist

Altersarmut eine weitere Folge der geringen Entlohnung.

Um die Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern und Lohndumping einzudämmen, kämpfen die SPD sowie die Jusos gemeinsam mit den Gewerk-

de gesetzlich verboten. Entsprechende Gesetzesinitiativen von SPD geführten Bundesländern hat schwarz-gelb leider jedoch immer wieder abgelehnt.

Anstatt eines Mindestlohnes spricht sich die CDU für eine „Lohnuntergrenze“ aus. Jedoch darf diese nicht mit einem gesetzlichen Mindestlohn verwechselt werden, da diese sich auf bestimmte Berufsbranchen beziehen und Stundenlöhne von unter 8,50 € pro Stunde, die nicht zum Leben ausreichen, weiterhin erlauben. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes hingegen stellt einen ersten Schritt zur Verbesserung der menschlichen Arbeitsbedingungen dar, da damit soziale Mindeststandards geschaffen werden. Jedoch müssen weitere

Regulierungen des Arbeitsmarktes folgen, weil ein Mensch bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden auf ein monatliches Einkommen von 1360 € brutto kommen würde, welches ein absolutes Minimum bildet.

Stefan Hillger



Quelle: SPD

schaften seit Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn. Dies bedeutet, dass es in Deutschland einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde geben soll, der von der Tätigkeit der Beschäftigten unabhängig ist. Auf diese Weise werden menschenunwürdige Entlohnungen von beispielsweise vier Euro pro Stun-



Gerecht weiterdenken: dafür stehen wir!

Bildung für alle!

Bildung muss allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen ab der Geburt zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiger Grundstein der persönlichen Emanzipation.

Gleichstellung jetzt!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Ungleichbehandlung und Unterdrückung gehören abgeschafft.

Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Deshalb fordern wir u.a. einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit und stärkere betriebliche Mitbestimmungsrechte.

Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist für uns nicht nur eine ökologische und ökonomische Herausforderung, sondern auch eine soziale. Energie und Mobilität müssen auch in Zukunft allen Menschen nachhaltig zur Verfügung stehen.

Kampf gegen Rechts

Wir stellen uns gegen jede Art von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit! Wir kämpfen entschieden gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

Internationale Solidarität

Für uns als internationalistischer Jugendverband ist internationale Solidarität eine Verpflichtung, die sich Tag für Tag in unserer Arbeit wiederfindet.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder Informationen von uns zu erhalten?

Name: _____

Alter: _____

Beruf: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Ja, ich möchte Juso-Mitglied werden.

Ja, ich habe Interesse an Juso-Informationen per Post.

Ja, ich möchte den Juso-Email-Newsletter erhalten.

Bei Interesse Abschnitt abgeben bei: Jusos in der SPD, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig oder E-Mail an: info@jusos-bs.de

Am 22. September hast Du die Wahl!

CDU	SPD
Einführung des Betreuungsgeldes	Ausbau der Kindertagesstätten – damit auch Frauen arbeiten und Kinder soziale Kontakte aufbauen können
Für eine abgespeckte Lohnuntergrenze, die je nach Branche und Ort deutlich unter 8,50 EUR ausfällt	Für einen flächendeckenden und branchenunabhängigen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 EUR
Entlastung der Reichen und Verursacher der Krise durch eine unsoziale Steuerpolitik	Für eine sozial gerechte Steuerpolitik: Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Einführung der Vermögens- und Finanztransaktionssteuer
Blockade einer Mietpreisbremse	Einführung einer Mietpreisbremse und Ausbau des sozialen Wohnraums, damit Mieten auch in Großstädten bezahlbar bleiben
Ignoranz der Problematik von drohender Altersarmut durch halbherzige „Lebensleistungsrente“	Einführung einer Solidarrente – Möglichkeit mit 63 Jahren die volle Rente zu erhalten
Auch die Vorhaben in der Bildungspolitik stehen unter Finanzierungsvorbehalt – durch fehlende Steuererhöhungen daher wohl keine weiteren Investitionen	Durch höhere Steuereinnahmen Investition von 20 Milliarden Euro in Bildung – u. a. in die Ausstattung von Schulen und mehr Lehrern

Dr. Carola Reimann

Kandidatin für die Bundestagswahl am 22. September 2013



Quelle: Carola Reimann

Mein Name ist Carola Reimann, ich werde diesen Monat 46 Jahre alt und bin studierte Biotechnologin. Für das Studium bin ich vor über 25 Jahren von Goch am Niederrhein nach Braunschweig gezogen. Hier ist mittlerweile meine Heimat. Als Biotechnologin war ich nur kurz tätig, im Jahr 2000 bin ich in den Bundestag nach-

gerückt. Seit 2002 bin ich direkt gewählte Bundestagsabgeordnete und vertrete die Interessen der Braunschweigerinnen und Braunschweiger in Berlin.

Zur SPD bin ich über die Jusos gekommen. Wir haben uns damals in Goch für ein Jugendzentrum engagiert, weil es für

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt. Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeuge Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im Falkenzentrum SUB (Kuhstraße 28 im schönen Magniviertel). Noch Fragen? Meldet Euch bei Enrico Hennig (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Juso-Unterbezirk Braunschweig
www.jusos-bs.de
Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-4809821
V.i.S.d.P.: Enrico Hennig
Redaktion: Enrico Hennig
Druck: BS Print DigitalRepro GmbH
Auflage: 3.500 Exemplare

Jugendliche überhaupt kein Angebot gab. 1986 bin ich in die SPD eingetreten, weil Chancengleichheit, Teilhabe und Solidarität für mich zentrale Werte darstellen. Für diese Werte stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit 150 Jahren ein.

Meine Vision ist eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen haben. Zum Beispiel beim Zugang zu Bildung. Wir können es uns nicht leisten, dass der Bildungserfolg in Deutschland immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängt!

Ich wollte damals bei den Jusos etwas bewegen. Das will ich immer noch. Als Bundestagsabgeordnete kann man sich sehr gut einmischen und vieles mitgestalten. Außerdem macht es unglaublich viel Spaß. Deswegen will ich auch bei dieser Bundestagswahl wieder das Direktmandat in Braunschweig holen. Ich will auch in den nächsten vier Jahren unsere Stadt in Berlin vertreten.